Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich Ressort / Stadtbetrieb	Soziales, Jugend & Integration Ressort 201 - Ressort Soziales Ressort 208 – Ressort Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt –	
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Uwe Temme 563 2831 563 8038 uwe.temme@stadt.wuppertal.de dieter.verst@stadt.wuppertal.de	Dieter Verst 563 2603 563 8137
	Datum: **Drucks.-Nr.:**	14.09.2011 **VO/0753/11/1-A** öffentlich	

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
10.10.2011	**Rat der Stadt Wuppertal**	**Entgegennahme o. B.**
10.10.2011	**Hauptausschuss**	**Entgegennahme o. B.**

Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 06.09.2011

Grund der Vorlage

Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 06.09.2011 (VO/0753/11)

Beschlussvorschlag

Die Antworten werden ohne Beschluss entgegen genommen

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

Begründung

1. **Welche konkreten Auswirkungen haben die seit über 10 Jahren gleichbleibend niedrigen Zuschüsse für die Freien Träger nach Ansicht der Verwaltung auf die Sozialpolitik? Wir bitten um detaillierte Antwort.**

   Der Umfang der Angebote der Freien Träger wurde in den letzten 10 Jahren um ca. 10% reduziert. Im gleichen Zeitraum stieg infolge höherer Arbeitslosigkeit, veränderter Lebensverhältnisse, schwierigerer Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sowie der zunehmenden Zahl der Älteren, Kranken und Behinderten die Notwendigkeit zur Unterstützung. Daher fehlen in Wuppertal notwendige Hilfen.

2. **Stimmt die Verwaltung der Auffassung zu, dass es auch bei unverändert schlechter Finanzlage der Stadt dringend erforderlich ist, die Zuschüsse der Träger angemessen zu erhöhen?**

   Ja. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen lassen dies derzeit allerdings nicht zu. Bei der Umsetzung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen erhält die Stadt die dafür notwendigen haushaltsrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten zurück.

3. **Stimmt die Verwaltung zu, dass die Stadt für eine nachhaltige Sozialpolitik verantwortlich ist und dieser auch gerecht werden muss?**

   Ja.

4. **Kann die Verwaltung eine Prognose erstellen, welche Konsequenzen in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Bundesmittel für die Arbeitsgelegenheiten ab 2012/2013 auf das soziale Leben in Wuppertal hat?**

   Die Folgen für die Einzelpersonen sind gravierend. Sie fallen heraus aus tagesstrukturierenden Maßnahmen sowie beruflicher Anerkennung und werden weitestgehend sich selbst überlassen. Außerdem müssen zahlreiche Projekte eingestellt werden, die wichtig für das soziale Leben sind. Die Mittel des Eingliederungstitels werden durch den Bund von 36 Mio. Euro in 2011 auf 28 Mio. Euro in 2012 reduziert.

5. **Welche politischen Prioritäten setzt die Verwaltung in der Sozialpolitik auf Basis welcher Grundlagen angesichts der sehr angespannten finanziellen Lage in Wuppertal? Wir bitten wiederum um detaillierten Bericht.**

   Die politischen Prioritäten setzt der Rat der Stadt im Rahmen der Haushaltsberatungen. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind durch das Nothaushaltsrecht allerdings sehr eingeschränkt.

6. **Welche Maßnahmen sind in den letzten Jahren im Bereich der Prävention gestrichen worden?**

   Mit welchen Folgekosten für die Stadt muss aufgrund der gesunkenen Investition in den Präventionsbereich gerechnet werden?

Siehe Antwort 1. Es muss mit hohen Folgekosten gerechnet werden; dies belegt das im Auftrag der Landesregierung erstellte Prognos-Gutachten.

7. Stimmt die Verwaltung der Aussage zu, dass es nicht im Sinne einer vernünftigen Sozialpolitik in Wuppertal sein kann, die präventiven Angebote weiter „am langen Arm verhungern“ zu lassen, während Ausgaben in den pflichtigen Bereichen Jahr für Jahr um Millionen steigen?

Die Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung sind z. B. in den letzten vier Jahren von rund 38 Mio. Euro auf rund 50 Mio. Euro angestiegen.

Frühe Hilfen sind wichtig für die Betroffenen, richtig für die Gesellschaft und sparen hohe Folgekosten. Deswegen werden zahlreiche präventive Angebote weiterhin finanziert. Die finanziellen Rahmenbedingungen machen den –sozialpolitisch notwendigen– Ausbau allerdings unmöglich. Bundes- und Landesregierung sind aufgefordert präventive Leistungen dem Grunde nach zu Pflichtleistungen zu machen.

8. Stimmt die Verwaltung zu, dass es angesichts dieser Zahlen nicht nachzuvollziehen ist, dass für eine Anpassung der Zuschüsse im Bereich der anderen Dienste und Einrichtungen kein Geld ausgegeben werden darf?

Die sozialpolitischen Herausforderungen zeigen, dass eine Lösung der kommunalen Finanzkrise zwingend notwendig ist. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen und ein zu erstellender Haushaltssanierungsplan sollen dafür die Basis sein.

9. Stimmt die Verwaltung zu, dass auch der Finanzaufsicht deutlich gemacht werden muss, dass diese Art zu sparen sozialpolitisch und ökonomisch unsinnig ist?

Siehe Antwort 7 und 8.

Demografie-Check

a) Ergebnis des Demografie-Checks

Ziel 1 – Stadtstrukturen anpassen	**+/0/-**
Ziel 2 – Wanderungsbilanz verbessern	**+/0/-**
Ziel 3 – gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen	**+/0/-**

b) Erläuterungen zum Demografie-Check

Kosten und Finanzierung

./.

Zeitplan

./.

Anlagen

./.